

# Parlamentarischer Abend

## Zukunft der Europäischen Sozialpolitik

---

**Montag, 20.03.2017 um 19:00 Uhr**

Hotel Stanhope, Brüssel

Rue du Commerce 9, 1000 Brüssel

---

## Begrüßung und Einführung

---

**Ivor Parvanov**

Geschäftsführer, Leiter Sozial- u. Gesellschaftspolitik

i. V. für

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

liebe Emilia,

sehr geehrter Herr Uebe,

meine Damen und Herren,

im Namen der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. begrüße ich sie recht herzlich zu unserem Parlamentarischen Abend.

Im Mittelpunkt steht heute die Zukunft der Europäischen Sozialpolitik.

Die EU-Kommission hat im März 2016 einen ersten vorläufigen Entwurf für eine „Europäische Säule Sozialer Rechte“ vorgelegt.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat bei der Vorstellung des Weißbuchs zur Zukunft der EU Anfang März erneut darauf hingewiesen, dass er

- eine Stärkung der sozialpolitischen Dimension der EU für notwendig hält und
- für Ende April ein Diskussionspapier angekündigt, das sich mit dem langfristigen Ausbau der sozialen Dimension der EU befasst.

Hinter dem von der EU-Kommission angestrebten Ausbau der europäischen Sozialpolitik steht die Befürchtung, dass sich die EU auch deshalb in der Krise befindet, weil sie soziale Themen angeblich zu wenig adressiert.

Die EU müsse also „sozialer“ werden, damit sich die Menschen wieder für sie begeistern.

Kein Ausbau der Europäischen Sozialpolitik

Meine Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft bekennt sich ohne Wenn und Aber zu Europa. Wir wollen ein starkes Bayern in einem starken Europa.

Deshalb betrachten wir die Krise der EU mit großer Sorge. Uns allen muss klar sein, dass wir uns auf der Weltbühne nur als geeintes Europa behaupten können.

Wir begrüßen, dass EU-Kommissionspräsident Juncker mit dem Weißbuch die Debatte über die Zukunft der EU angestoßen hat. Über die verschiedenen Szenarien muss jetzt offen und ehrlich diskutiert werden.

Unserer Meinung nach stellt wohl keines der fünf Szenarien in der Reinform den richtigen Weg dar.

Auch wir sind überzeugt, dass wir ein „besseres Europa“ brauchen – das heißt aber nicht zwingend „mehr“ Europa.

Die „Stärkung der Sozialen Dimension der EU“ ist für uns aber nicht der richtige Weg, um die Gemeinschaft aus der Krise zu führen.

Der geplante Ausbau der EU-Sozialpolitik

- verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip,
- würde Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft schwächen
- und folglich das Niveau der sozialen Sicherung in der EU eher senken als erhöhen.
- Auch würde die Ausweitung der sozialpolitischen Kompetenzen die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung nicht erhöhen. Im Gegenteil: Sie wäre eher Wasser auf die Mühlen der Anti-Europäer.

#### Subsidiarität

Die EU verfügt aus gutem Grund in der Sozialpolitik über nur begrenzte Kompetenzen.

Die EU darf nur das regeln, was die Mitgliedsstaaten allein nicht ausreichend regeln können.

Sozialpolitik ist Sache der Mitgliedsstaaten – dort ist sie auch richtig verortet.

Historisch gewachsene, höchst unterschiedliche Sozialsysteme mit einer Vielzahl von einzelstaatlichen Regelungen, z. B. in den Tarifverträgen, können und dürfen nicht über einen Kamm geschert werden.

Schon heute ist es so, dass trotz der eingeschränkten Kompetenzen der EU mittlerweile mehr als 70 Richtlinien und Verordnungen existieren, die Sozial- und Beschäftigungsstandards festlegen – viele davon verstoßen gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Für die Unternehmen folgen aus den hohen Sozialstandards in der EU schon heute Wettbewerbsnachteile auf den internationalen Märkten.

Hier darf nicht noch weiter draufgesattelt werden.

Zudem gilt:

Die Akzeptanzprobleme der EU rühren auch daher, dass sie immer wieder das Subsidiaritätsprinzip missachtet.

Jeder ungerechtfertigte Eingriff in die Souveränitätsrechte der Mitgliedsländer stärkt die Anti-Europäer. Die EU muss aus der Vergangenheit lernen und darf nicht wieder über das Ziel hinaus schießen und künftig die Sozialpolitik von Brüssel aus diktieren.

EU tut schon eine ganze Menge

Man darf auch nicht vergessen, dass die EU schon heute in großem Umfang Fördermittel zur Verfügung stellt, um sozial- und beschäftigungspolitische Vorgaben in den Mitgliedsländern zu unterstützen.

Das Budget des Europäischen Sozialfonds (ESF) beträgt in der aktuellen Förderperiode von 2014 bis 2020 mehr als 80 Milliarden Euro.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird durch die EU-Jugendbeschäftigungsinitiative mit 6,4 Milliarden Euro in der aktuellen Förderperiode unterstützt.

Es ist also keineswegs so, dass sich Europa aktuell durch „soziale Kälte“ auszeichnet, vielmehr wird bereits einiges getan, um den sozialen Fortschritt zu fördern.

Europa braucht Wettbewerbsfähigkeit statt mehr Sozialpolitik

Meine Damen und Herren,

das Grundproblem der EU ist nicht ein zu geringes Niveau an sozialer Sicherheit.

Das Grundproblem ist, dass zu viele Mitgliedsländer zu wenig wettbewerbsfähig sind über ein zu schwaches Wachstum verfügen.

Die Folge ist eine hohe Arbeitslosigkeit in diesen Ländern – insbesondere von jungen Menschen.

Diese strukturellen Probleme sind nur über eine konsequente Reform- und Wachstumspolitik zu beheben, die die Wettbewerbsfähigkeit stärkt.

Die EU braucht eine starke Wirtschaft statt mehr Sozialpolitik!

Eine starke Wirtschaft ist die Grundvoraussetzung, um auch in Zukunft ein hohes Niveau an sozialer Sicherheit in der EU zu garantieren!

Mit zusätzlicher Umverteilung innerhalb der EU zementieren wir dagegen lediglich die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern und schaffen einen dauerhaften EU-weiten Transfer.

Es kann und darf aber nicht sein, dass Länder, die bittere und harte Reformen durchgeführt haben, dauerhaft solche Länder alimentieren, die diese Reformen nicht anpacken wollen.

Transferleistungen dürfen eigene Anstrengung nicht ersetzen.

So ein Vorgehen wird auch nicht den erhofften Akzeptanzgewinn der EU bringen. Im Gegenteil.

Wir bekennen uns zur Solidarität innerhalb der EU. Dennoch hat uns die Staatsschuldenkrise gezeigt, dass hohe Transfers innerhalb der Gemeinschaft eher Missgunst und Missverständnisse fördern – und damit zu einem Akzeptanzverlust der EU in der Bevölkerung sowohl bei den Empfänger- als auch bei den Geberländern führen.

Europa braucht Wettbewerbsfähigkeit statt mehr Sozialpolitik

An einem Punkt sind wir allerdings sehr wohl für zusätzliche europäische Regeln: Die Freizügigkeit



ist ein hohes Gut und zentraler Bestandteil des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes.

Sie darf aber nicht im Sinne einer Zuwanderung in die Sozialsysteme missbraucht werden.

Wir brauchen hier klare europäische Regeln, die Missbrauch ausschließen – auch um den Rückhalt für das Projekt Europa heute und in Zukunft sicherzustellen.

#### Fazit

Meine Damen und Herren,

Europa ist gelebte Vielfalt und Pluralität. Das gilt besonders für die Sozialsysteme der Mitgliedsländer, die in ihrer Verschiedenheit akzeptiert werden müssen. Eine Vereinheitlichung würde deutlich mehr Schaden als Nutzen.

Grundsätzlich gilt: Die Voraussetzung für ein hohes Niveau an sozialer Sicherheit ist wirtschaftliche Stärke.

Strukturelle Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und damit die

Beschäftigung fördern – das ist die beste  
Sozialpolitik.

Ich freue mich jetzt auf den Impuls der  
bayerischen Arbeits- und Sozialministerin Emilia  
Müller.

Vielen Dank!